

Antrag an die JHV des Kreisverbandes DIE LINKE. Duisburg am 16.11.2013

Die JHV möge beschließen:

Die JHV tritt für folgende arbeitsmarktpolitische Grundätze ein:

1. DIE LINKE fordert die Verwaltung der Stadt Duisburg, das Jobcenter und sämtliche kommunalen Beschäftigungsträger auf, sämtliche 1€-Jobs und andere Formen prekärer Beschäftigung einzustellen und stattdessen sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

Begründung: **Die kommunale Ausrichtung unserer Partei sollte sich an unserem aktuellen Parteiprogramm (beschlossen von einer fast einstimmigen Mehrheit auch der Duisburger Delegierten) orientieren:** öffentlich geförderte Beschäftigung durch sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze statt durch 1€-Jobs¹ sowie gleiches Entgelt und gleiche soziale Standards für gleiche und gleichwertige Arbeit mit einem Mindestlohn von mindestens 60% des nationalen Durchschnittslohns statt Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, Minijobs und Endlospraktikaschleifen.² **Die Zunahme prekärer Beschäftigungen verstärkt die Spaltung des Arbeitsmarktes und damit der Gesellschaft.**³ Nur 12,5% der Hartz4-Bezieher gelang es, mit Hilfe von „Fördermaßnahmen“ länger als 2 Jahre nicht mehr auf Hartz 4 angewiesen zu sein.⁴ Es handelt sich dabei also vor allem um statistische Tricks zur Vorweisung niedrigerer Arbeitslosenzahlen und nicht um eine Verbesserung des Lebensstandards Betroffener.⁵ Das seit 2003 mit der Einführung von Hartz 4 geltende Prinzip „Hauptsache Arbeit, egal zu welchem Preis und zu welchen Bedingungen“ hat zu einer in der BRD beispiellosen Abwärtsspirale der Löhne geführt: eine Reallohnsenkung von 4,5%, während sie in allen anderen Industrieländern (außer Japan) gestiegen sind.⁶ **Zur Durchsetzung dieser Hartz4-Niedriglohnpolitik werden die Geschäftspraktiken der BRD-Jobcenter gegenüber den Betroffenen immer brutaler:** Hausbesuche bei ärztlichen Attesten⁷, Anheftung von Schrittzählern an die Ferse („zwecks Überprüfung und Optimierung der Fitness“)⁸, Aufforderung zu Ausbildungsabbrüchen zwecks Aufnahme einer (Hilfs-) Tätigkeit⁹, Herzinfarkt eines Schwerbehinderten im 1€-Zwangsjob trotz vorheriger Warnung¹⁰, ständiger Hausbesuchsterror und Zwangspsychiatisierung mit Zuteilung in Behindertenwerkstätten bei Widersprüchen gegen falsche Hartz4-Bescheide¹¹.

¹ Parteiprogramm DIE LINKE Seite 27 rechts unten

² Parteiprogramm DIE LINKE Seite 26 links unten

³ Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer von 48 Wochen in der damaligen Arbeitslosenhilfe des Jahres 2004 auf 130 Wochen im jetzigen Hartz 4 des Jahres 2011 gemäß einer Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der LINKEN-Sozialpolitikerin Katja Kipping Bundestags-Drucksache 15/1516

⁴ Hans-Böckler-Stiftung erschienen in Böckler Impuls 1/2013

⁵ siehe auch Spiegel-Artikel 26/2013 Seite 30-36

⁶ Studie der Nachdenkseiten vom 12.03.13

⁷ mehrere Zeitungen im April 2013 unter Berufung auf ein internes Weisungspapier der BA

⁸ Spiegel 09.12.12

⁹ gegen-hartz.de 18.09.13

¹⁰ WDR Stand 14.05.13 19.08 Uhr

¹¹ Anwälte gegen Hartz 4 (Ines Eck) in junge Welt, 26.08.13

2. DIE LINKE fordert den Rat der Stadt, das Duisburger Jobcenter und die Trägerversammlung auf, die Sanktionspraxis ersatzlos einzustellen und bis zur Abschaffung des Sanktionsparagrafen (§ 31 Abs. 2 SGB II) ein Sanktionsmoratorium auf Duisburger Ebene zu beschließen.

Begründung: Auch hier sollte sich die kommunale Ausrichtung unserer Partei an unserem aktuellen Parteiprogramm (beschlossen von einer fast einstimmigen flügelübergreifenden Mehrheit auch der Duisburger Delegierten) orientieren: Abschaffung von Hartz 4 und Ersetzung durch eine bedarfsdeckende sanktionsfreie Mindestsicherung.¹² Dirk Hauer (Fachbereichsleiter für Existenzsicherung und Migration beim Diakonischen Werk Hamburg) bringt den Teufelskreis auf den Punkt: „**Längerfristig mit Hartz IV auskommen zu müssen¹³ und dabei gleichzeitig auch noch den Kontrollambitionen des Jobcenters ausgesetzt zu sein, macht Leute auf Dauer fertig.** Wir beobachten, daß immer mehr Langzeitarbeitslose psychisch angeschlagen sind, auch die Engagierten. Jahr und Tag um jeden Cent kämpfen zu müssen, das laugt aus“.¹⁴ Dementsprechend droht oder herrscht bereits in vielen Hartz4-Haushalten Energiearmut (v.a. Stromsperrern).¹⁵ **In dieser Situation auch noch zusätzlich dauernd von weitergehenden Sanktionen (Kürzungen und Streichungen) bedroht zu werden, führt zu regelmäßigen Eskalationen:** Anstieg der Selbstmordrate und tödliche Attacken in Jobcentern¹⁶, das Risiko einer Depression ist bei arbeitslosen Männern dreimal so hoch wie bei Erwerbstätigen¹⁷. **Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf das ausführliche Schreiben „Aus Fehlern lernen“ des Bezirkspersonalrates der Regionaldirektion NRW der Arbeitsagenturen (23.07.13)**, in dem der Frust und die Verzweiflung der dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen bei der Umsetzung der unmenschlichen Hartz4-Sanktionen zum Ausdruck kommt.

3. Die Linksfraktion wird aufgefordert, sowohl im Rahmen der Kooperation als auch in sämtlichen kommunalen Gremien sich für die Realisierung vorgenannter Forderungen einzusetzen.

Begründung: In dieser Frage der Sicherung des menschlichen Existenzminimums sollte es auch in Duisburg (wie auf Bundesebene und Landesebene) einen breiten innerparteilichen Konsens geben.

¹² Parteiprogramm DIE LINKE Seite 31 links oben

¹³ 382€ monatlich, wovon auch noch die Stromkosten und evt. Ratenzahlungen an das Jobcenter (z.B. aus der Übernahme von Mietkautionen) bezahlt werden müssen.

¹⁴ TAZ 28.07.13

¹⁵ Ausgabe 17/2013 der online Redaktion Deutscher Caritas-Verband) bzw. Verschuldung

¹⁶ Der Nachrichtenspiegel, das Nachdenkmagazin vom 03.01.13: wie Leichen den Weg der Hartz IV-Reform pflastern

¹⁷ Robert Koch-Institut im Rahmen der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell“ 2013